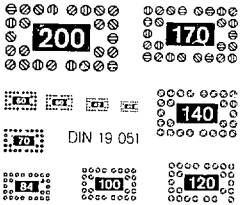


PROGRA

A01 - 01681

ötv

Arbeiterpolitisches Programm 2000

Die Politik der Gewerkschaft ÖTV für Arbeiterinnen und Arbeiter, wie sie sich aus der Beschlußlage der letzter Jahre ergibt, ist reformbedürftig.

Die sozialpolitische Lage in der Bundesrepublik hat sich erheblich verschlechtert. Vor dem Hintergrund von über 5 Mio. Arbeitslosen in der Bundesrepublik haben Arbeitgeber und konservative Politiker ihre Interessen zur gesellschaftlichen Realität gemacht.

Dieser Auseinandersetzung müssen sich die Gewerkschaften nicht nur stellen, sondern durch konsequentes Handeln entgegenwirken. Hierzu ist es notwendig, auch das Arbeiterpolitische Programm der ÖTV fortzuschreiben.

Die derzeitige Situation der

- → Gesellschaftspolitik,
- → Wirtschaftspolitik,
- → Sozialpolitik,
- → Bildungspolitik,
- → Tarifpolitik,
- → innergewerkschaftlichen Organisationspolitik und die Rolle der Arbeiterinnen und Arbeiter in der ÖTV

A 01 - 01681

zu beschreiben, ist notwendig, um für die Zukunft die richtigen Entscheidungen treffen zu können.

I. Zur Gesellschaftspolitik

Ziel aller gewerkschaftlichen Tätigkeit ist, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter stetig zu verbessern.

Die Vertretung der Interessen von Arbeiterinnen und Arbeitern kann sich nicht nur auf die allgemeine Gewerkschafts- und Tarifpolitik beschränken, sondern muß alle Teile des Arbeits- und Gesellschaftsleben erfassen. Dazu gehören die sozialen Geschehnisse im Betrieb und in der Dienststelle und die beruflichen Belange sowie die Stellung von Arbeiterinnen und Arbeitern der Gesellschaft.

Das Ansehen und die Stellung der Arbeiterinnen und Arbeiter muß endlich den für die Gesellschaft erbrachten Leistungen entsprechen.

Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, sozialer Friede, eine gut ausgebaute Infrastruktur und bürgerfreundliche öffentliche Dienste haben die Bundesrepublik Deutschland geprägt. Für die Arbeiterinnen und Arbeiter in der ÖTV ist der Sozialstaat ein Fundament unserer Gesellschaftsordnung und ein positiver Standortfaktor. Zu ihm gibt es keine vertretbare Alternative. Der seit Beginn der 80er Jahre vollzogene Abbau sozialer Errungenschaften muß nicht nur ein Ende finden, von einer neuen Politik wird vielmehr erwartet, daß sie wesentliche Bestandteile des sozialen Sicherungssystems wieder einführt. So im Bereich der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. Der derzeitige Kurs in der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik sowie der Sozialpolitik wird zu einem weiteren Anwachsen der Arbeitslosigkeit führen. Das Instrument der Deregulierung sowie die fortschreitende technologische Entwicklung wird weitere Arbeitsplätze auch im öffentlichen Dienst und in unserem gesamten Organisationsbereich gefährden und vernichten. Diese Politik führt auch dazu, daß die Ausbildungschancen von Jugendlichen, aber insbesondere von Arbeiterkindern, zurückgehen und eine zunehmende Perspektivlosigkeit den Nährboden für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bildet. Deshalb ist es notwendig, daß es auch Ziel aller gewerkschaftlichen Tätigkeit ist, die von unseren Vätern und Müttern erkämpften sozialstaatlichen Leistungen zu verteidigen und zur Grundlage europäischer Neuregelungen zu machen, um auch in Zukunft Arbeiterinnen und Arbeiter vor den Wechselfällen des Lebens ausreichend schützen zu können.

Ein weiteres Ziel muß es sein, durch eine konsequente Tarifpolitik die Lebens- und Einkommensbedingungen gerade der Arbeiterinnen und Arbeiter zu verbessern. Deshalb sind folgende Maßnahmen notwendig:

- → Eine größere Würdigung und Anerkennung der Leistungen, die von Arbeiterinnen und Arbeitern für die gesamte Gesellschaft erbracht werden.
- → Eine fortschrittliche Gesellschaftspolitik in Deutschland und Europa sieht keine Benachteiligungen für Arbeiterinnen und Arbeiter vor.
- → Arbeiterinnen und Arbeiter müssen für eine Tätigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und Institutionen, aber insbesondere in den Parlamenten, verstärkt gefördert werden. Versuche mit scheinbar europäischen Zwängen, den Sozialstaat einzuschränken, soziale Leistungen für Arbeiterinnen und Arbeiter abzubauen, müssen mit aller Entschiedenheit und Geschlossenheit begegnet werden.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter in der ÖTV fordern von den Politikern in Deutschland, sich endlich massiv gegen negative Wirkungen von Deregulierungsmaßnahmen einzusetzen und bei den zukünftigen Gesetzgebungen auf europäischer Ebene stärker auf sozialstaatliche Regelungen hinzuwirken.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter waren und sind das Rückgrat einer jeden Gewerkschaftsbewegung. Gerade ihre Geschlossenheit hat dazu beigetragen, Angriffe auf die von den Gewerkschaften erkämpften sozialen Rechte abzuwehren und tarifvertragliche Regelungen

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

erhalten, wie z.B. die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle.

II. Zur Wirtschafts- und Steuerpolitik

Die gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Lage ist durch ein nicht mehr zu vertretendes Maß von Arbeitslosigkeit und dem stärksten Rückgang des Lebensstandards (Anstieg der Armut und Kinderarmut) in der Geschichte der Bundesrepublik gekennzeichnet.

Die Arbeitgeber und Unternehmer nutzen diese Situation zur Einschüchterung und Disziplinierung der Arbeitnehmer sowie zur Tarifflucht und den damit verbundenen Abbau von Löhnen und Gehältern, betrieblichen Sozialleistungen und von Schutz- und Mitbestimmungsrechten.

Politisch Verantwortliche nähren das Klima der Konfrontation gegenüber den Arbeitnehmern und den Gewerkschaften durch eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die vorgibt, die Massenarbeitslosigkeit abzubauen, sie in Wirklichkeit jedoch weiter steigert.

Eine Politik,

- → die den Sozialstaat nicht sichert, sondern seine Grundlagen zerstört,
- → die Staatsausgaben entgegen den eigenen Erklärungen zu Lasten des Sozial-, Bildungs- und Infrastrukturbereiches und zugunsten der Industrie und des Großkapitals umschichtet und
- → die Steuern und Abgaben zu Lasten der Arbeitnehmer, Rentner und Sozialleistungsempfänger umverteilt, um die Einkommensmillionäre zu entlasten,

ist falsch und muß geändert werden.

Bei Beibehaltung des gegenwärtigen Kurses in der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik wird daher die Zahl der Arbeitslosen eher steigen und die Armut in der Bundesrepublik weiter zunehmen.

Auch die in den letzten Jahren betriebene Arbeitsplatzvernichtungspolitik durch die öffentlichen Arbeitgeber hat wesentlich zum Anstieg der Arbeitslosigkeit beigetragen.

Für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist aber auch in Zukunft die öffentliche Daseinsvorsorge als ein wichtiger Standortvorteil zu erhalten und auszubauen.

In den nächsten Jahren müssen gerade für Arbeiterinnen und Arbeiter in den öffentlichen Bereichen

- → Nahverkehr
- → Ver- und Entsorgung
- → Umweltschutz
- → Gesundheitswesen
- → Kultur und Bildung u.a.

neue, zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und weitere Maßnahmen der Beschäftigungssicherung ergriffen werden.

Die Steuer- und Sozialpolitik der Vergangenheit hat zu erheblichen

Beschäftigte im öffentlichen Dienst

in	Arbeiter +/-	Angestellte +/-	Beamte +/-	Gesamt +/-

Belastungen der Arbeitnehmerhaushalte geführt. Auch in den 90er Jahren ist ein Rückgang der Arbeitnehmereinkommen, insbesondere bei Arbeiterinnen und Arbeitern, festzustellen.

Der massive Arbeitsplatzabbau in den letzten Jahren, wachsender Druck am Arbeitsplatz und ein verstärkter Abbau sozialer Schutzrechte führen zu einer Zunahme der Zukunftsangste auch bei Arbeiterinnen und Arbeitern.

Die Maßnahmen der bisher politisch Verantwortlichen zum weiteren Sozialabbau und zur Förderung der Gewinne haben:

- → die Leistungen des Sozialstaates weiter vermindert
- → die Unternehmer und die Bezieher hoherer Einkommen steuerlich entlastet
- → die Abgaben und indirekten Steuern (z.B. die Mehrwertsteuer) für die Masse der Arbeitnehmer erhöht
- → die Einkommensbestandteile für Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund besonderer Belastungen durch steuerliche Maßnahmen reduziert.

Die Massenkaufkraft wird eingeschränkt, Sozialleistungen werden abgebaut. Die zwangsläufige Folge davon sind weitere Steuerausfalle Auch die Einkommenssenkungen im öffentlichen Dienst haben in diesem Zusammenhang mit dazu beigetragen.

Die These konservativer Politiker „Der Markt und die freien Kräfte des Marktes werden es schon richten" hat sich als falsch erwiesen. Aus gewerkschaftlicher Sicht muß eine solche Wirtschaftspolitik abgelehnt und bekämpft werden. Wir fordern daher:

- → Die staatliche Finanz- und Steuerpolitik wird so umgestaltet, daß von ihr Beschäftigungswirkung ausgeht.
- → Kurzfristige Aufgabenprogramme müssen das Ziel zur langfristigen Schaffung neuer Arbeitsplätze haben.

Gleichzeitig muß als weiterer Schritt der Demokratisierung von Wirtschaft und Staat durch entsprechende gesetzliche, tarifvertragliche und betriebliche Maßnahmen sichergestellt werden, daß die positiven Effekte solcher Maßnahmen nicht unterlaufen werden können.

Betriebsräte, Personalräte und Gewerkschaften müssen daher wesentlich verbesserte Kontroll-, Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten erhalten.

III. Zur Sozialpolitik

Die seit Beginn der 80er Jahre betriebene Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland hat zu einem immensen Abbau an Leistungen und zu neuen zusätzlichen finanziellen Belastungen der Arbeitnehmerhaushalte geführt (z.B. in der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung und der Rentenversicherung).

Arbeit und Arbeitskraft sind für das Leben des Menschen von entscheidender Bedeutung. Sie sind die Grundlage der wirtschaftlichen und beruflichen Existenz, der persönlichen Anerkennung in der Gesellschaft. Wer arbeitslos, krank, erwerbsunfähig oder Empfänger von Sozialhilfe ist, wird in das Abseits gestellt und diskriminiert. Ausgehend von diesen negativen Feststellungen fordern wir, dem Sozialstaatsartikel 20 des Grundgesetzes Rechnung zu tragen.

- → Sozialleistungen dürfen nicht abgebaut, sondern müssen verbessert werden. Bereits in den letzten Jahren negativ veränderte Sozialleistungen müssen auf ihren alten Stand zurückgeführt werden.
- → Der Arbeitslosigkeit ist mit Beschäftigungsprogrammen, die neue Arbeitsplätze schaffen, zu begegnen.
- → Der Gesundheitsvor- und fürsorge sowie Rehabilitationsmaßnahmen, die dem Erhalt der Arbeitskraft dienen, sind größte Bedeutung beizumessen.
- → Auch bei Verringerung des Leistungsvermögens sind Arbeiterinnen und Arbeiter vor Arbeitsplatz- und Einkommensverlust wirksam zu schützen.
- → Der Arbeitsschutz ist zu verbessern und die Sicherheit am Arbeitsplatz zu erhöhen. Die Einhaltung der bestehenden Gesetze muß stärker überwacht und Arbeitgeber bei Übertretung strafrechtlich verfolgt werden.
- → Aus arbeitsmarktpolitischen Gründen sind alle Anstrengungen zu unternehmen, die Arbeitszeit zu verkürzen. Dieses Ziel kann auf unterschiedlichen Wegen angestrebt werden. Durch die Einführung einer kürzeren Wochenarbeitszeit, die Verkürzung der Jahresarbeitszeit und/oder der gesetzlichen Lebensarbeitszeit.
- → Bei allen Formen der Arbeitszeitverkürzung ist die Einkommenssituation gerade von Arbeiterinnen und Arbeitern gesetzlich und tarifpolitisch zu begleiten.
- → Die betriebliche Altersversorgung ist zu verbessern und gesetzlich sowie tarifvertraglich abzusichern
- → Arbeitsverhältnisse ohne Steuer- und Sozialversicherungspflicht sind gesetzlich auszuschließen

Die politisch Verantwortlichen auf Bundesebene werden aufgefordert bei der Gestaltung des zusammenwachsenden Europas den grundgesetzlichen Sozialstaatsgedanken auch in die europäische Gesetzgebung einfließen zu lassen

IV. Zur Bildungspolitik

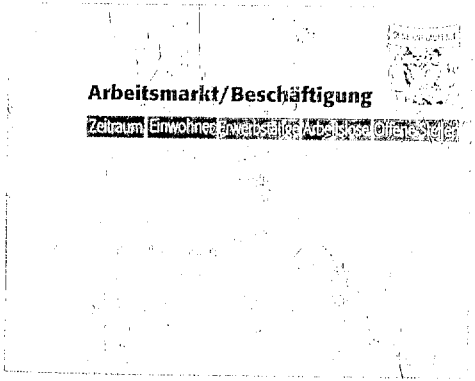
Das Bildungssystem der Bundesrepublik muß die Chancengleichheit für alle Kinder gewährleisten. Um ungleiche Startbedingungen auszugleichen, müssen hohe Standards in dem bundesdeutschen Schulsystem Platz greifen (wie z.B. eine Festlegung der Klassengröße auf ein pädagogisch zu verantwortendes Maß, effektive Lehrervertretungsregelungen bei Krankheit und Mutterschaftsurlaub).

Die finanzielle und personelle Ausstattung aller Schulzweige und Bildungsstätten ist daher zwingend notwendig. Für Arbeiterinnen und Arbeiter mit einer langjährigen Berufserfahrung muß der Zugang zu weiterführenden Schulen vereinfacht werden (siehe Beispiel Rheinland-Pfalz).

Ebenso ist die Möglichkeit arbeiterorientierter Weiterbildung auszubauen. Die Programme sind mehr auf die Belange der Arbeiterinnen und Arbeiter, insbesondere auch auf ausländische Arbeitnehmer, auszurichten.

Bildung ist ein gesellschaftliches Gut, das auch durch die Gesellschaft zu finanzieren ist.

Berufliche Weiterbildung von Arbeiterinnen und Arbeitern bedürfen



Einkommensverteilung

	1997	1998	1998
Bruttoeinkommen Arbeitnehmer	- 0,5	1,4	3,0
Nettoeinkommen Arbeitnehmer	- 1,8	1,6	2,9
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,9	8,4	5,7
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	10,7	8,5	6,0

zukünftig eines stärkeren Engagements der Arbeitgeber. Sie ist von ihnen zu finanzieren.

V. Zur Tarifpolitik

Bleibende Aufgabe und Ziel der Tarifpolitik der ÖTV muß die Erhaltung und Verbesserung der Einkommens-, Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer sein. Die Ungleichbehandlung von Beschäftigtengruppen ist immer noch nicht völlig überwunden. Dies gilt vor allem für geringere Bewertung der Arbeitsleistung von Arbeiterinnen und Arbeitern.

Auch heute noch sind die Arbeiterinnen und Arbeiter die entscheidenden Träger von Arbeitskampfmaßnahmen der ÖTV. Deshalb fordern zunehmend die Arbeiterinnen und Arbeiter, bei allen Tariffragen rechtzeitig und umfassend beteiligt zu werden. Die Arbeitgeber im Organisationsbereich der ÖTV nutzen verstärkt die derzeitige politische Lage, in die Tarifautonomie, das grundgesetzlich verankerte Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, einzugreifen. Die öffentlichen Arbeitgeber nutzen zunehmend die Möglichkeiten der Gesetzgebung als Instrument zur Aushöhlung der Tarifautonomie. Ziel der öffentlichen und privaten Arbeitgeber ist es, die durch die Tarifpolitik unserer Väter und Mütter erworbenen Rechte der Arbeitnehmer zurückzudrängen und sogar Schritt für Schritt wieder abzubauen. Gegen die ständigen Angriffe auf die sozialen Errungenschaften müssen wir uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln wehren. Das Mittel des Streiks muß zunehmend in den Mittelpunkt der Diskussion zukünftiger Tarifauseinandersetzungen gestellt werden. Aus der Sicht der Arbeiterinnen und Arbeitern sind folgende vorrangige Ziele der Tarifpolitik konsequent anzugehen:

1. Lohn- und Einkommenspolitik

Die Binnennachfrage der Arbeiterinnen- und Arbeiterhaushalte muß durch eine aktivere Lohn- und Einkommenspolitik gesteigert werden. Die bisherige Wirtschaftspolitik, die mit einer Reduzierung der Löhne und Gehälter einherging, ist als arbeitnehmerfeindlich und unsozial abzulehnen. Neue politische Mehrheiten müssen dafür Sorge tragen, daß durch eine arbeitnehmerorientierte Gesamtpolitik Beschäftigung und Einkommen wieder zunimmt.

Für Arbeiterinnen und Arbeiter heißt dies auch, daß vorhandene Lohn- und Einkommensbestandteile keine tarifpolitische Manövriermasse für Kompromisse der Zukunft darstellen. Der Erhalt der Erschwerniszuschläge, der Schicht-, Wechselschicht- und Gefahrenzulagen sowie der Sozialzuschläge im öffentlichen Dienst und im privaten Bereich ist für die Arbeiterinnen und Arbeiter ein wichtiges tarifpolitisches Ziel.

2. Sicherung der Arbeitsplätze und der Einkommen

Die Arbeitsplätze und Einkommen sind verstärkt durch Tarifverträge zu sichern. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß es weder im öffentlichen Dienst noch in der privaten Wirtschaft sichere Arbeitsplätze mit existenzabsichernden Einkommen gibt. Die Arbeitslosenzahlen beweisen, daß insbesondere Arbeiterinnen und Arbeiter von wirtschaftlichen und politischen Fehlentscheidungen sowie Mißmanagement betroffen sind. Deshalb ist es notwendig, durch Tarifverträge die Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern. Das Ziel einer zukunftsorientierten Einkommens- und Arbeitsplatzsicherungspolitik müssen einheitliche Tarifverträge sein. Das alte tarifpolitische Ziel „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" muß bei einer zukünftigen Tarifpolitik wieder in den Mittelpunkt gerückt werden.

3. Arbeitszeit

Sowohl aus sozial- und gesellschaftspolitischen, als auch aus arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten ist die Arbeitszeit zu verringern. Aufgrund der Erfahrungen der Tarifauseinandersetzung 1997/98 ist von einem Lohnverzicht bei Arbeitszeitverkürzung abzusehen und vielmehr eine Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommensverluste zu fordern. Es ist nicht einzusehen, daß immer mehr Arbeiterinnen und Arbeiter keine Arbeit haben, während gleichzeitig immer weniger Arbeiterinnen und Arbeiter wirtschaftlich höhere Leistungen erbringen müssen. Die vorhandene Arbeit auf alle Arbeiterinnen und Arbeiter zu verteilen, ist das Gebot der Zukunft. Alle Formen der Arbeitszeitverkürzung sind auf ihre Auswirkungen auf Arbeit und Einkommen zu untersuchen und bei positiver Wirkung in Tarifverträge zu fassen. In diesem tarifpolitischen Feld ist insbesondere die Umsetzung der Gewerkschaftstagsbeschlüsse zu den Themen:

- Verkürzung der Wochenarbeitszeit,
- Verkürzung der Jahres- und Lebensarbeitszeit,
- Arbeitszeitkonten und Faktorisierung von Arbeit,
- Herabsetzung des gesetzlichen Rentenalters auf 55 Jahre,
- Altersteilzeit ab dem fünfzigsten Lebensjahr,
- sowie die gesetzliche Reduzierung von Arbeitszeiten in gefährlichen Arbeitsbereichen (Lenkzeiten)

in einer weiteren Diskussion zu konkretisieren und in ein strategisches

Handlungskonzept einzubeziehen.

VI. Organisationspolitik

1997 waren rund 720.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in der Gewerkschaft ÖTV organisiert. Dies entsprach etwa 44 Prozent aller Mitglieder. Seit 1992 sind die Mitgliederzahlen im Arbeiterbereich rückläufig. Dies hat viele Gründe. Zum einen der massive Stellenabbau gerade im Arbeiterinnen- und Arbeiterbereich bei Bund, Ländern und Gemeinden, aber auch ein Rückgang des Organisationsgrades in ehemals fast 100prozentig organisierten Betrieben führt zu einem geringeren Anteil von Arbeiterinnen und Arbeitern an der Gesamtorganisation. Dennoch ist festzuhalten, daß Arbeiterinnen und Arbeiter die wichtigste Säule innerhalb der Gesamtorganisation darstellen - dies nicht nur bei Tarifbewegungen, sondern auch bei örtlichen und regionalen Konflikten. Seit Beginn der 80er Jahre wird seitens der Arbeiterinnen- und Arbeiterfunktionäre in unserer Organisation die mangelnde Präsenz in den Gliederungen der ÖTV beanstandet. Trotz einer Vielzahl von Beschlüssen und Richtlinier zurückliegender Gewerkschaftstage ist feststellbar, daß keine verbindlichen Regelungen zur entsprechenden Präsenz der Arbeiter in den Gliederungen der ÖTV getroffen wurden. Bei vielen Arbeiterinnen und Arbeitern verstärkt sich der Eindruck, daß sie zu bestimmten Zeiten von der Organisation gebraucht werden (z.B. Streik), aber bei Grundsatzfragen, Diskussionen und Entscheidungen ihre Positionen und Meinungen nicht ausreichend nachgefragt und berücksichtigt werden. Deshalb fordern die Arbeiterinnen und Arbeiter von ihrer ÖTV: Die Organisation muß sich nicht nur in all ihrem Handeln dem Gewicht, der Bedeutung und der Präsenz ihrer Arbeiterinnen und Arbeiter bewußt sein, sondern sie auch bei allen Entscheidungen auf allen Ebenen der Organisation entsprechend beteiligen.

Mit Blick auf eine zukünftig wachsende neue Dienstleistungsgewerkschaft muß die Funktion und Rolle der Arbeiterinnen und Arbeiter von Beginn an entsprechend berücksichtigt und in den Organisationsformen zwingend eingebunden werden. Eine dem zahlenmäßigen Verhältnis entsprechende Beteiligung in den Organen ist ebenfalls zu gewährleisten. In zukünftigen Organisationsstrukturen ist auf allen Ebenen eine konsequente Arbeiterinnen- und Arbeiterpolitik zwingend erforderlich. Wer in Zukunft die Arbeiterinnen- und Arbeiterpositionen und ihre Beteiligung bei allen gewerkschaftspolitischen Entscheidungen nicht gewährleistet, gefährdet den Zusammenhalt der Organisation.

Eine konsequente, von der Organisation begleitete Arbeiterinnen- und Arbeiterpolitik auf allen Ebenen erfordert auch eine entsprechende finanzielle Begleitung. Das heißt im einzelnen, finanzielle Mittel für:

- → eine alle vier Jahre stattfindende Bundesarbeiterinnen- und -arbeiterkonferenz,
- → Fachtagungen der Arbeiterinnen und Arbeiter,
- → Veröffentlichungen und Publikationen,
- → intensive Arbeiterinnen- und Arbeiterfunktionärsschulung,
- → Arbeitshilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter.

Der innerorganisatorische Aufbau muß in Zukunft folgende Eckpunkte für Arbeiterinnen und Arbeiter vorsehen:

- → Eine dem Mitgliederanteil entsprechende Vertretung in allen Organen der Gewerkschaft.
- → Die Wahl des Bundesarbeiterinnen- und -arbeitersekretärs/der Bundesarbeiterinnen- und -arbeitersekretärin auf den Bundesarbeiterinnen- und -arbeiterkonferenzen.
- → Sitz und Stimme des Bundesarbeitersekretärs in den neuen Organen der Dienstleistungsgewerkschaft (z.B. Beirat, Gewerkschaftsausschuß, Hauptvorstand, Gewerkschaftstag).
- → In den Organen, in denen Arbeiterinnen und Arbeiter nicht entsprechend ihrem Mitgliederanteil vertreten sind, erhalten sie soviele Stimmen in dem Organ, wie sie nach dem Mitgliederanteil erhalten würden.
- → Der Bundesarbeiterinnen und -arbeiterausschuß muß mehr Einfluß auf die Ausgestaltung der Manteltarifverträge für Arbeiterinnen und Arbeiter erhalten und sekretariats- und branchenübergreifend in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden.
- → Arbeiterinnen und Arbeiter erwarten bei dem Zusammenschluß der Dienstleistungsgewerkschaft auch für die Personengruppe der Arbeiterinnen und Arbeiter eigenständige Strukturen, die auch neue Organisationsformen mit gewachsenen Strukturen vereinbar gestalten.
- → Ein Antragsrecht der Arbeiterinnen- und Arbeiterausschüsse auf allen Ebenen.

VII. Strategiediskussion

Der Diskussion zum Arbeiterpolitischen Programm muß sich eine Strategiediskussion anschließen. Ziel dieser Disksussion soll die Umsetzung der Ziele des Arbeiterpolitischen Programms sein. Die Diskussion hierzu soll in 1999 beginnen und die unterschiedlichen Durchsetzungsmöglichkeiten aufzeigen und entsprechende Strategien entwickeln.

Beschlossen am 2. Dezember 1998

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn
Bibliothek

ÖTV